

Herr Dr. Tengler berichtet über die Gewerbeflächensituation im Rhein-Sieg-Kreis und in Eitorf. Er informiert, dass gemeinsam mit den 19 Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises Anfang der 1990er Jahre ein abgestimmtes Gewerbeflächenkonzept mit einer Fläche von insgesamt 1.200 ha entwickelt wurde. Eine Erhebung im Jahr 2012 ergab, dass im RSK inzwischen nur noch 168 ha Gewerbeflächen verfügbar sind. Dies führe unter anderem dazu, dass man einem Investor in einer Region nicht verschiedene Standortangebote unterbreiten könne. Er macht anhand eines Beispiels auf die eigentliche Funktion eines Gewerbeflächenangebots aufmerksam, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und damit der Wohlstand gesichert werden kann.

Eitorf hatte in den 1990er Jahren einen Berufseinpenderüberschuss aufgrund der großen Betriebe wie Schoeller, Boge etc. Heute habe sich die Situation geändert. Nach dem Arbeitsplatzabbau bei den Firmen Schoeller und Boge lag die Arbeitslosenquote bei rund 13%. Heute liegt die Arbeitslosenquote bei 8,1%. Als Gründe ist einerseits die gute Gewerbeentwicklung in den Nachbarkommunen und Städten zu nennen, aber auch in Eitorf seien in den letzten 20 Jahren insgesamt 2.500 Arbeitsplätze entstanden. Nach wie vor sei Eitorf ein attraktiver Wirtschaftsstandort, auch wenn die eigene Wahrnehmung aufgrund der sondierten Entwicklung einen anderen Eindruck mache. Allein in den Eitorfer Gewerbegebieten sind rund 800 Arbeitsplätze angesiedelt.

Er vertritt die Meinung, dass Eitorf auch in Zukunft ausreichende Gewerbeflächen anbieten sollte. Dies sei wichtig, damit Eitorf seine Funktion als Wirtschaftsstandort bewahren und damit ein Abwandern der Bevölkerung verhindern kann. Durch ausreichende Gewerbeflächen können Arbeitsplätze angesiedelt, verlagert und erhalten werden.

Zum Standort eines Gewerbegebietes möchte sich Herr Tengler nicht äußern, da dies in die Planungshoheit der Gemeinde falle. Er bietet aber an, bei der Meldung zum neuen Gewerbeflächenkonzept die in Frage kommenden Flächen (Altebach II-Erweiterung, Flächen an der K 27, evtl. auch Kooperation mit der Stadt Hennef) zu melden. Im Rahmen eines interdisziplinären Gutachtens werden die gemeldeten Flächen nicht nur auf ökonomische Sinnhaftigkeit, sondern auch unter ökologischen Gesichtspunkten untersucht. Er hält das Vorgehen der Verwaltung, sich alle Optionen offen zu lassen für die richtige Entscheidung.

Herr Zielinski fragt, wann mit Ergebnissen des Gutachtens zu rechnen sei. Herr Dr. Tengler antwortet, dass es Ziel sei, dass das Gutachten Ende 2014 vorliegt.

Frau Miethke erklärt, dass sie von der Aussage der Bezirksregierung im Bezug auf den Standort Lindscheid, dass die Inanspruchnahme neuer raumbedeutsamer Flächen nicht gern gesehen werde, verunsichert war. Sie erachtet es als große Hilfe, dass auch von der Kreiswirtschaftsförderung der Bedarf von 20 ha Gewerbeflächen in Eitorf als notwendig angesehen werden sowie alle Aspekte beleuchtet würden.

Auf Frage von Herrn Kolf, wie viele Gewerbeflächen zurzeit in Eitorf vorhanden sind, erläutert Herr Derscheid, dass im Gewerbegebiet Altebach derzeit 7.200 qm bebaubar sein. Davon befänden sich allerdings 5.200 qm in privater Hand. Im Auel seien derzeit 8.800 qm verfügbar. Die größte zusammenhängende Fläche sei rund 7.000 qm groß.

Frau Miethke hinterfragt was passiere, wenn in Eitorf kein neues Gewerbegebiet zum Zuge käme. Hierauf antwortet Herr Dr. Tengler, dass dies für die Zukunft und die Entwicklung dieser Region äußerst misslich wäre und nicht passieren dürfe.

Herrn Lorenz interessiert, ob in dem Gutachten auch das Thema „Mittelstandsfreundliche Kommune“ aufgegriffen werde. Er berichtet von Unternehmen, die sich darüber beklagen, dass die Zusammenarbeit in einigen Bereichen auf Kreisebene hake. Desweiteren hält er es für sinnvoll, die Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Interessen einzubinden.

Herr Dr. Tengler antwortet, dass man zu der Zertifizierung „Mittelstandsfreundliche Kommune“ unterschiedlicher Meinung sein kann. Auf Kreisebene könne man davon ausgehen, dass sowohl Existenzgründer als auch angesiedelte Unternehmer gleich behandelt werden. Weiterhin antwortet Herr Dr. Tengler, dass ein Konzept erarbeitet werde, worin auch Umweltgutachter beteiligt sein werden, um Fragen verschiedener Interessengruppen möglichst präventiv abhandeln zu können.

Vorsitzender Gräf verweist auf die Verwaltungsvorlage zur APUE – Sitzung vom 11.9.2013. Die Beschlussfassung sei verschoben worden, da die CDU-Fraktion vor einer Entscheidung die Aussage von der Kreiswirtschaftsförderung abwarten wollte.

Er liest den Beschlussvorschlag aus der Verwaltungsvorlage Nr. XIII/1037/V vor und bittet um Abstimmung.